

Michael Kauch MdB, Mitglied des Parlamentarischen Beirats für Nachhaltige Entwicklung im Deutschen Bundestag, Sprecher für Nachhaltige Entwicklung der FDP-Bundestagsfraktion

Redebeitrag zur Eröffnung der Ausstellung zur BerlinAgenda am 29.09.2004 im Abgeordnetenhaus von Berlin

Sehr geehrter Herr Momper,
sehr geehrte Frau Junge-Reyer,
meine Damen und Herren,

ich beglückwünsche Sie, die Bürgerinnen und Bürger aus den verschiedensten Organisationen, Gruppen und Initiativen, die Sie zur Berliner Agenda beigetragen haben.

Diese Agenda als ein Ergebnis bürgerschaftlichen Engagements ist beispielhaft für die gesellschaftliche Ausgestaltung des Leitbildes der Lokalen Agenda 21.

Global denken und lokal handeln.

Das ist das Motto der Lokalen Agenda 21. Sie ist ein fester und zentraler Bestandteil der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie.

Die vielen Lokale-Agenda-Gruppen, die es mittlerweile in Deutschland gibt, bilden ein Fundament der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Ohne ihren Beitrag kann die Agenda 21 nicht gelingen.

Meine Damen und Herren vom Agendaforum,

als Sprecher für nachhaltige Entwicklung der FDP-Bundestagsfraktion und als Mitglied des parlamentarischen Beirats habe ich mich sehr über Ihre Einladung gefreut.

Dieser parlamentarische Beirat ist das jüngste Gremium des Deutschen Bundestags. Erst im März dieses Jahres hat er sich konstituiert. Mit seiner Einrichtung ist jetzt auch die institutionelle Einbindung des Bundestages in den Dialog und die Weiterentwicklung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie gewährleistet. Damit wird ein Fehler korrigiert, der schon viel früher hätte behoben werden müssen.

Denn bislang war das deutsche Parlament am Prozess um die nationale Nachhaltigkeitsstrategie kaum bis gar nicht beteiligt. Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie wurde allein im Kanzleramt koordiniert und der zuständige Staatssekretärsausschuss war jeder Einflussnahme des Parlaments entzogen.

Das soll und muss sich nun mit dem Beirat ändern.

Der parlamentarische Beirat hat sich zur Aufgabe gemacht, über Fraktionsgrenzen hinweg und unter Verzicht auf parteipolitische Rituale konstruktiv und im Sinne der Sache zusammenzuarbeiten. Wir werden erstmals zum Fortschrittsbericht 2004 der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie eine eigene Stellungnahme abgeben. Wir hoffen, dies trotz aller politischen Unterschiede in Form eines gemeinsamen Berichts zu tun

Meine Damen und Herren,

Deutschland muss zukunftsfähiger und generationengerechter werden. In Fragen der Umwelt und der Ressourcennutzung ebenso wie bei Sozialsystemen, Bildung und Staatsfinanzen.

Ihre Berliner Agenda gibt hier einige Anstöße, die sehr interessant und zum Teil auch sehr kontrovers sind. Sicherlich kann dies nur der Beginn einer fortwährenden Diskussion um mehr Nachhaltigkeit in der Berliner Politik sein.

Meine Rede wurde unter dem Titel „Der Blick von außen: Nachhaltigkeit Entwicklung für die Hauptstadt“ angekündigt. Erlauben Sie mir in diesem Sinne ein paar Anmerkungen zu Ihrer „Berliner Agenda“.

Ich freue mich, dass Sie sich dem Thema Bildung und Nachhaltigkeit gewidmet haben.

„Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ muss als integratives Bildungskonzept in allen Bildungsbereichen präsent sein und gezielt gefördert werden. Mit einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen haben wir auch im Bundestag das Leitbild der „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ unterstützt.

Auch das Handlungsfeld Stadtökologie hat eine Menge interessanter Ansätze. Das Thema Flächeninanspruchnahme wird bei der Weiterentwicklung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie eine wichtige Rolle spielen. Das Ziel einer Reduzierung des Flächenverbrauchs durch Siedlung und Verkehr ist eine große Herausforderung.

Ihr Ansatz „Berlin in der märkischen Landschaft“, der auf eine regionale Versorgung mit geringem Transportaufwand setzt, ist wichtig und richtig.

Ich rate aber dazu, auch die konventionelle Landwirtschaft einzubeziehen und nicht nur auf den Öko-Landbau zu setzen. Nur dann wird nachhaltige Ernährung aus der Region keine Frage gut verdienender Menschen bleiben.

Meine Damen und Herren,

ich will noch einige wenige Anmerkungen machen, die aus meiner Sicht, gerade für die Stadt Berlin wichtig sein könnten.

Lassen Sie sich dazu bewegen, sich noch stärker einem Hauptproblem des städtischen Verkehrs zuzuwenden, das viele Menschen betrifft:
der Bekämpfung des Lärms.

Lärm gehört zu den derzeit größten Problemfeldern im Umweltbereich mit negativen Folgen für die Gesundheit von Bürgerinnen und Bürgern. Wer an der Invalidenstraße oder an der Danziger Straße wohnt, weiß wovon ich rede. Potenziale zur Lärmreduktion bietet z.B.

die aktuelle Entwicklung innerstädtischen Flüsterasphalts, der zur Zeit in Augsburg erprobt wird. Und nehmen Sie die anstehende Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie zum Anlass, ernsthaft auch den Lärm anzugehen, der von den Bahnen der BVG ausgeht. Hier kann man mehr tun, als das heute geschieht.

Nachhaltigkeit umfasst aber nicht nur die ökologischen Fragestellungen.

Eng verknüpft mit dem Begriff der nachhaltigen Entwicklung ist der der Generationengerechtigkeit. Viel zu lange sind diese Debatten nebeneinander her gelaufen – hier sozial-ökologische Nachhaltigkeit, dort finanzorientierte Generationengerechtigkeit. Nur die Zusammenführung des jeweiligen Engagements wird aber zu wirklicher Nachhaltigkeit führen.

Dabei sollte unser Hauptaugenmerk der Gerechtigkeit zwischen den Generationen gelten.

Wir müssen heute damit anfangen, kommende Generationen zu entlasten und die Weichenstellungen für mehr Nachhaltigkeit vorzunehmen.

Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen.

Die desaströse Finanzlage des Landes Berlin sollte daher in einer Lokalen Agenda höchste Priorität bekommen.

Ein Schuldenstand ist vor allem eine Belastung für die, die erst später handeln und Verantwortung übernehmen können.

Eine Politik der anhaltend hohen staatlichen Kreditaufnahme ist eine Politik auf Kosten der nächsten Generationen.

Wenn dieser Entwicklung nicht entgegensteuert wird, laufen wir Gefahr, die Chancen kommender Generationen zu verspielen.

Doch auch die wirtschaftliche Entwicklung ist Voraussetzung dafür, dass die Lebenschancen der nachfolgenden Generationen gewahrt bleiben. Denn wirtschaftliche Entwicklung bedeutet Arbeit. Und Arbeit bedeutet Selbstbestimmung.

Berlin braucht daher vor allem eins:
wettbewerbsfähige Arbeitsplätze.

Mit Projekten zur Teilung von Arbeit und so genannter „Mischarbeit“ allein wird die Stadt ihre wirtschaftlichen und finanziellen Probleme aber nicht lösen können. Hier springt die Lokale Agenda zu kurz.

Berlin braucht Akzente für mehr Beschäftigung. Ich selbst komme aus dem Ruhrgebiet, aus einer Gegend mit massivem Strukturwandel. Wir haben es angepackt, und auch wenn noch wahnsinnig viel zu tun ist – das Revier ist auf einem guten Weg. In Berlin habe ich als Außenstehender leider zu oft das Gefühl, dass man sich mental in der sozialen Kuschelecke eingerichtet hat. Dabei hat Berlin als deutsche Hauptstadt alle Chancen.

Zur Nachhaltigkeit gehört es auch, wirtschaftliche Modernisierung und Wettbewerb, Dienstleistungsorientierung und Innovation voran zu treiben. Das Kapitel der Agenda zur Informationstechnologie ist da ein Ansatz. Aber hier müssen weitere Akzente sichtbar werden.

Meine Damen und Herren,

der Begriff der Nachhaltigkeit hat in der Öffentlichkeit noch nicht die Aufmerksamkeit gefunden, die notwendig wäre und die er verdient hätte.

Das müssen wir ändern.

Der Dialog darf nicht nur in den Kreisen geführt werden, die sich ohnehin mit dem Thema beschäftigen.

Wir müssen die Menschen für das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung gewinnen

Und wir müssen Ihnen erklären, wofür dieser - doch eher sperrige Begriff - eigentlich steht und warum er so wichtig ist.

Ich bin mir sicher, die vorgelegte Berliner Agenda und die heutige Veranstaltung können hierzu einen Beitrag leisten.

Vielen Dank!